

Pressespiegel vom 28. bis 30.01.2012

Sächsische Zeitung

Bündnis Nazifrei zeigt nur halbe Flagge

Von Christian Dittmar

Mit einer Plakataktion sollte gegen die Aufmärsche in Dresden demonstriert werden. Doch die Proteste fanden ein frühes Ende.

Es sollte der Höhepunkt des gestrigen Aktionstags werden: Auf dem Altmarkt wollte das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ ein etwa zehn Meter hohes Banner am Lichtmast anhängen. Der Text: „Antifaschismus ist doch die richtige Antwort“ – eine Anspielung auf die Aussage von Innenminister Markus Ulbig (CDU) in einem Youtube-Video, dass Antifaschismus nicht die richtige Antwort auf den braunen Terror sei. Aber noch bevor das Banner aufgezogen werden konnte, schritt die herbeigerufene Polizei ein und untersagte die Aktion mit der Begründung, dass städtisches Eigentum benutzt würde. Dafür hätten die Aktivisten vorher eine Genehmigung der Stadt einholen müssen. So war schon nach der Hälfte Schluss mit der Demo.

„Wir wollten mit den Protesten aufmerksam machen auf die absurden Vorwürfe der Staatsanwaltschaft“, sagte der Sprecher des Bündnisses, Paul Tschirmer. Zu den Vorwürfen gehört auch die Anklage eines Protestierers, der sich am 19. Februar 2011 nur durch das Tragen einer Fahne einer Straftat schuldig gemacht haben soll. Zu seiner Unterstützung hatten darum gestern etwa zwanzig Aktivisten selbst gestaltete Fahnen vom Dr.-Külz-Ring zum Altmarkt getragen, wo die größte Fahne enthüllt werden sollte – ohne Erfolg.

Auch die Justiz beschäftigte gestern wieder das Thema Blockade der Naziaufmärsche: Am Amtsgericht Dresden wurde der Prozess gegen eine 46-jährige Dresdnerin eröffnet, die am 19. Februar 2011 die Demonstration der Rechten an der Kreuzung Fritz-Löffler-Straße/Reichenbachstraße blockiert haben soll. Die Frau begründete ihre Teilnahme an der Blockade mit dem Recht auf Protest in Sicht- und Hörweite. „Wenn Nazis durch meine Stadt ziehen, will ich nicht auf der anderen Elbseite demonstrieren“, sagte sie. Der Prozess wird am 15. Februar fortgesetzt.

<http://www.sz->

[online.de/Nachrichten/Dresden/Buendnis_Nazifrei_zeigt_nur_halbe_Flagge/articleid-2978374](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Buendnis_Nazifrei_zeigt_nur_halbe_Flagge/articleid-2978374)

Dresdner Neueste Nachrichten

Dresdner Programm zum 13. Februar: drei Wochen lang Trauer, Gedenken und Mahnung

Jane Jannke

Dresden. Knapp zwei Wochen vor dem 67. Jahrestag der Zerstörung Dresdens durch alliierte Bomberverbände steht das umfangreiche Veranstaltungsprogramm fest. Stadt, Kirchen und Vereine laden auch in diesem Jahr wieder rings um den Gedenktag zu Konzerten, Andachten, Vorträgen und Mitmachaktionen ein.

Farbe bekennen mit Mut, Respekt und Toleranz - unter dieses Motto hat die Stadt Dresden das diesjährige Gedenken für die Opfer der Zerstörung Dresdens durch alliierte Bomberverbände vor 67 Jahren gestellt. Gelegenheit dazu wird es wieder reichlich geben. 18 größere Veranstaltungen haben Stadt, Kirchen und Vereine allein für den 13. Februar angemeldet. Da dieser in diesem Jahr auf einen Montag fällt, wurde das Programm dem Rhythmus des Werktages angepasst.

So beginnt die zentrale Gedenkveranstaltung der Stadt auf dem Dresdner Heidefriedhof erst um 15 Uhr. Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) wird gemeinsam mit Vertretern des Stadtrates, von Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren der Opfer der Bombenangriffe gedenken. Anders als in den Vorjahren wird es diesmal keine offizielle Kranzniederlegung an der Gedenkmauer geben. Nazis hatten die Zeremonie regelmäßig zur Selbstdarstellung genutzt.

Um dem entgegenzuwirken, beginnt die Veranstaltung diesmal an der Skulptur „Tränenmeer“. An der Gedenkmauer selbst wird lediglich Oberbürgermeister Dirk Hilbert eine Rede halten. Anschließend besteht die Möglichkeit, weiße Rosen an den Gedenksteinen zu Ehren im Bombenkrieg zerstörter Städte niederzulegen. Im Anschluss an die Trauerfeier ruft die Stadt erneut zur Teilnahme an der Menschenkette auf. Start ist um 17 Uhr vor dem Rathaus. Gegen 18 Uhr schließt sich die Kette und wird dann die Altstadt sowie das Neustädter Königsufer umfassen, hoffen die Organisatoren.

Parallel zur zentralen Gedenkveranstaltung auf dem Heidefriedhof lädt der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gemeinsam mit der Evangelischen Landeskirche um 15 Uhr zur Gedenkstunde nebst Kranzniederlegung an der Ruhestätte der Luftkriegstoten auf den Tolkewitzer Johannisfriedhof ein.

Eine Übersicht weiterer Veranstaltung haben wir in einem gesonderten Artikel zusammengestellt.

© DNN-Online, 02.02.2012, 13:10 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/dresden-nachrichten/detail/-/specific/Dresdner-Programm-zum-13-Februar-drei-Wochen-lang-Trauer-Gedenken-und-Mahnung-2483860165>

Wegen Anti-Nazi-Protessen in Dresden: Hessischer Landtag hebt Immunität von Linke-Politikern auf

dpa/jaja

Dresden. Der hessische Landtag hat am Mittwoch mit den Stimmen von CDU und FDP die Immunität der beiden Vorsitzenden der Linksfraktion Janine Wissler und Willy van Ooyen aufgehoben. Gegen beide ermittelt nun die Staatsanwaltschaft Dresden. Wissler und van Ooyen hatten sich im Februar 2010 an Anti-Nazi-Protessen zum 13. Februar in Dresden beteiligt.

Die hessischen Linken-Fraktionsvorsitzenden Janine Wissler und Willi van Ooyen genießen keinen parlamentarischen Schutz vor Strafverfolgung mehr. Der Landtag in Wiesbaden votierte am Mittwochabend mit den Stimmen von CDU und FDP für die

Aufhebung der Immunität. Die Dresdner Staatsanwaltschaft hatte dies beantragt, da sie die Abgeordneten für Rädelsführer einer nicht genehmigten Anti-Neonazi-Demonstration im Jahr 2010 hält. Sie hätten damit gegen das Versammlungsgesetz verstoßen. SPD, Grüne und Linke stimmten gegen die Immunitätsaufhebung.

Im Visier der Staatsanwaltschaft sind außerdem der sächsische Linken-Fraktionschef André Hahn und der Thüringer Linken-Chef Bodo Ramelow. Die hessische Linke sieht in dem Verfahren der Ermittlungsbehörden einen Missbrauch der Strafverfolgung zu politischen Zwecken. So werde zudem auf fatale Weise der Protest gegen Neonazis kriminalisiert.

Die hessische CDU wirft Wissler und van Ooyen hingegen vor, ihren parlamentarischen Schutz zu missbrauchen. Die Aufhebung der Immunität sei keine strafrechtliche Wertung, heißt es. Vielmehr ermögliche man so erst eine unabhängige Aufklärung durch die Justiz. Wissler ist Kandidatin der Linkspartei für die Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt am Main am 11. März.

Derweil hat die Vorsitzende der Linkspartei, Gesine Löttsch, scharfe Kritik an der Aufhebung der Immunität gegen Wissler und van Ooyen geübt. Sie warf CDU und FDP eine gezielte Diffamierung und Kriminalisierung des friedlichen Protests gegen Rechts vor. Die Aufhebung der Immunität von Janine Wissler und Willy van Ooyen sei ein Skandal, so Löttsch in einer Erklärung. Die hessische Parlamentsmehrheit habe damit der Demokratie geschadet. Protest gegen Nazis sei nicht nur ein Grundrecht, sondern demokratische Pflicht.

© DNN-Online, 02.02.2012, 12:47 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Wegen-Anti-Nazi-Protesten-in-Dresden-Hessischer-Landtag-hebt-Immunitaet-von-Linke-Politikern-auf-3602828561>

Aktionsbündnis Dresden-Nazifrei zeigte Flagge - Polizei untersagte Transparentaufhängung

dbr

Dresden. Das Aktionsbündnis Dresden-Nazifrei rief am Mittwoch zum Aktionstag „Flagge zeigen“ in der Altstadt auf. Dabei plakatierten Bündnisanhänger unter anderem Flyer rund um das Haus des Buches am Dr.-Külz-Ring. Auf dem Altmarkt versuchten rund 30 Demonstranten einer spontanen Versammlung ein 14 Meter langes Transparent am dortigen Lichtmasten hochzuziehen. Beamte der Dresdner Polizei und des Ordnungsamtes untersagten die Aktion.

Einer der Teilnehmer beschimpfte daraufhin die Beamten und griff diese tätlich an. Das Plakat mit der Aufschrift „Antifaschismus ist die Lösung“ musste daraufhin auf dem Boden bleiben. Freya Maria Klinger, Abgeordnete der Linken im Sächsischen Landtag, diskutierte vor Ort mit den Beamten. „Wir wollten ein Zeichen setzen. Das wird nun leider von den Behörden unterbunden“, so die Politikerin, die seit 2004 im Landtag sitzt. Hintergrund der Aktion waren Anzeigen gegen Teilnehmer der Demonstrationen am 18. Februar des vergangenen Jahres. „Fahnen muss jeder tragen dürfen. Die Anklagen aufgrund der Fahnen sind höchst fragwürdig“, äußerte sich Paul Zschmirmer, ein Sprecher des Bündnisses, zu der Protestaktion.

© DNN-Online, 01.02.2012, 16:16 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Aktionsbuendnis-Dresden-Nazifrei-zeigte-Flagge-Polizei-untersagte-Transparentaufhaengung-2062301744>

BILD, Ausgabe Dresden

Staatsanwaltschaft Dresden kann gegen Linke aus Hessen ermitteln

Donnerstag, 02. Februar 2012, 10:36 Uhr

Wiesbaden/Dresden (dpa/sn) - Die Staatsanwaltschaft Dresden kann wegen einer Anti-Neonazi-Demonstration im Februar 2011 gegen die beiden Fraktionschefs der hessischen Linken ermitteln. Der Landtag in Wiesbaden hob am Mittwochabend mit den Stimmen von CDU und FDP die Immunität der Abgeordneten Janine Wissler und Willi van Ooyen auf. Die Ermittler halten sie für Rädelsführer einer nicht genehmigten Blockade im Februar 2010. Der parlamentarische Geschäftsführer der Linken, Hermann Schaus, sprach von einem «politischen Verfahren». Die Opposition stimmte gegen die Entscheidung.

<http://www.bild.de/regional/dresden/dresden-regional/staatsanwaltschaft-dresden-kann-gegen-linke-22417304.bild.html>

Mitteldeutscher Rundfunk

Bürgerrechtler kritisieren Polizeieinsatz in Dresden – MDR 1 Radio Sachsen Nachrichten

Berlin - Eine Untersuchungskommission von Bürgerrechtlern zum Umgang mit den Neonazi-Aufmärschen in Dresden hat Vorwürfe gegen die Polizei erhoben. Überwachungen und Datenerfassungen im Zusammenhang mit den Gegendemonstrationen im vergangenen Jahr hätten jedes demokratisch erträgliche Maß überschritten, erklärte das Gremium in Berlin. Die Vorbereitung der Proteste sei durch Ermittlungsverfahren schon im Vorhinein kriminalisiert worden, heißt es weiter. Der "Untersuchungskommission 19. Februar" gehören neben Juristen unter anderem Vertreter der Gewerkschaft Ver.di, der Grünen und der Linken an.

<http://www.mdr.de/sachsen/nachrichten102.html#anchor2>

13. und 18. Februar in Dresden: Bischöfe rufen zu friedlichem Protest auf

Evangelische und katholische Bischöfe in Sachsen haben zum friedlichen Protest gegen Aufmärsche von Neonazis in Dresden aufgerufen. "Gerade als Christen sind wir aufgefordert, uns dieser menschenverachtenden und menschenfeindlichen Ideologie entgegenzustellen. Sie leugnet die Schuld des deutschen Volkes", hieß es in einem am Mittwoch verbreiteten gemeinsamen Aufruf, den unter anderem die evangelische Landeskirche Sachsen, das katholische Bistum Dresden-Meißen und die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Ilse Junkermann, unterzeichneten.

Bohl und Reinelt gegen Blockade von Neonazi-Aufmarsch

Allerdings machten der katholische Bischof Joachim Reinelt und der evangelische Landesbischof Jochen Bohl auch deutlich, dass sie Blockadeaktionen ablehnen. Reinelt sagte, er werde sich an entsprechenden Aufrufen nicht beteiligen. Bohl bezeichnete die Blockaden als rechtswidrig. Er befürwortet allerdings die geplante Demonstration in Hör- und Sichtweite der Nazis. "Diesem Aufruf schließe ich mich an, weil ich ihn für richtig und notwendig halte", sagte Bohl. In einer früheren Äußerung hatte sich Bohl auf den früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier bezogen. Auch dieser halte die Blockaden erlaubter Demonstrationen für illegal. Zugleich sprach Bohl von einer Gewissensentscheidung. "Christenmenschen", die sich trotz möglicher Nachteile für die Teilnahme an Blockaden entschieden, genossen seinen Respekt, sagte Bohl.

Die beiden Bischöfe distanzieren sich mit ihren Stellungnahmen von einem Aufruf der "Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus". 50 Politiker und Theologen hatten zuvor zur Teilnahme an den Blockaden des Bündnisses "Dresden Nazifrei" aufgerufen. Neben dem hannoverschen Landesbischof Ralf Meister hatte auch Bischöfin Ilse Junkermann diesen Aufruf unterstützt. "Dresden Nazifrei" hat angekündigt, am 13. und 18. Februar in Dresden geplante Aufmärsche von Rechtsextremen durch Blockaden unmöglich zu machen. Die sächsischen Behörden bewerten derartige Handlungen als Straftat. Zum Jahrestag der Zerstörung Dresdens am 13. Februar sind unter anderem zahlreiche Gottesdienste, Andachten, Mahnwachen und eine Menschenkette geplant, am 18. Februar soll eine Kundgebung auf dem Dresdner Schlossplatz stattfinden.

Zuletzt aktualisiert: 01. Februar 2012, 18:17 Uhr

<http://www.mdr.de/sachsen/bischoefe-friedlicher-protest100.html>

Radio Dresden

Weiße Rosen gegen Rechts ab heute erhältlich

Ab heute können die Dresdner das Symbol für die Überwindung von Krieg, Rassismus und Gewalt wieder kaufen. Die Weiße Rose kostet 2 Euro, davon gehen 75 Cent direkt als Spende an die Stiftung Toleranz. 4.000 Blumen wurden bereits an DVB, Handwerkskammer, TU oder Wohnungsbaugenossenschaften verteilt.

Wo Sie eine weiße Rose kaufen können, erfahren Sie [hier](#).

<http://www.radiodresden.de/nachrichten/lokalnachrichten/weisse-rosen-gegen-rechts-ab-heute-erhaeltlich-511233/>

Plakate gegen Neonaziaufmarsch

Das Bündnis "Nazifrei! - Dresden stellt sich quer" macht mobil gegen den Neonaziaufmarsch im Februar in Dresden. Zum heutigen bundesweiten Aktionstag unter dem Motto "Flagge zeigen" startet das Bündnis unter anderem eine Plakatieraktion am Dr.-Külz-Ring. Außerdem soll ein Meer aus Fahnen am Nachmittag zum Protest gegen den Neonaziaufmarsch in knapp 2 Wochen mobilisieren.

<http://www.radiodresden.de/nachrichten/die-nachrichten-fuer-leipzig/plakate-gegen-neonaziaufmarsch-511002/1/>

Radio PSR

Unterstützung für Anti-Nazi-Proteste in Dresden

02.02.2012, 11:02 Uhr

Anderthalb Wochen vor dem 13. Februar können die Dresdner auf immer mehr Unterstützung von außen bauen. Neben zahlreichen Initiativen, die sich gegen Rechts engagieren hat am Abend auch die Stadt Radebeul ihre Solidarität mit Dresden öffentlich gemacht. Radebeuls Oberbürgermeister Bert Wendsche übergab der Dresdner AG 13. Februar einen Aufruf, mit dem alle Radebeuler Bürger aufgefordert werden, sich an der Menschenkette und an den friedlichen Protesten am 18. Februar in Dresden zu beteiligen.

http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2736493/Unterstuetzung_fuer_Anti_Nazi_Proteste_in_Dresden.html

Dresden: Weiße Rosen als Zeichen gegen Rechts

02.02.2012, 04:55 Uhr

In Dresden startet heute der Verkauf weißer Rosen als Zeichen gegen Rechts. Anlass sind die Demos gegen geplante Nazi-Aufmärsche am 13. und 18. Februar. Die weißen Rosen sind Zeichen des friedlichen Protests gegen diese Aktionen. Ein Teil ihres Erlöses geht an die Stiftung Toleranz.

http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2735763/Dresden_Weisse_Rosen_als_Zeichen_gegen_Rechts.html
